

Vorbemerkungen:

Die Spitzen der Bundesstadt Bonn, des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Ahrweiler sowie die Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten der Region haben das Positionspapier zur Bonn/Berlin-Diskussion „Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland“ gemeinsam erarbeitet. Beteiligt an der Erstellung des Textes waren zudem die Universität Bonn und der Region Köln/Bonn e.V. Darin sind die strategischen Grundsatzpositionen der Region zum Thema Bonn/Berlin festgelegt worden. Am 04. Juli 2016 wurde es abschließend beraten und einstimmig verabschiedet.

Hintergrund für die Positionierung der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler ist die nach der Sommerpause erwartete Bestandsaufnahme von Bundesbauministerin Barbara Hendricks zur Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin.

Die Region macht hierzu deutlich, dass sie sich dem Angebot von Frau Dr. Hendricks als Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und Bonn-Ausgleich, das Gespräch mit den Beteiligten auf der Kommunal- und Landesebene zu suchen, selbstverständlich nicht verschließen wird. Sie geht dabei davon aus, dass Gespräche auf der Grundlage der bundespolitischen Koalitionsvereinbarung zu führen sein werden, in der es heißt: „Wir stehen zum Berlin/Bonn-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum“

Oberbürgermeister Ashok Sridharan und die Landräte Sebastian Schuster und Dr. Jürgen Pföhler wandten sich jüngst nochmals an Bundesministerin Hendricks, um einen Termin für ein persönliches Gespräch zu vereinbaren und über die in dem Papier getroffenen strategischen Grundsatzpositionen der Region zu sprechen.

Erläuterungen:

Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler erwarten, dass der Bund weiterhin zum Standort Bonn als einem von zwei bundespolitischen Zentren steht: im bundesstaatlichen Interesse, im Interesse der beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, im Interesse der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler sowie des gesamten Köln/Bonner Raumes.

Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler sowie die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestages und der Landtage Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aus der Region haben daher folgende Kernforderungen aufgestellt:

1. Das Berlin/Bonn-Gesetz gilt und darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Es müssen verbindliche Vorkehrungen getroffen werden, damit der bisherige Rutschbahneffekt gestoppt wird. Bonn bleibt dauerhaft das zweite bundespolitische Zentrum und wird mit allen Ministerien in Bonn als solches weiterentwickelt.

2. Die in der Arbeitsteilung mit Berlin durch Bonn übernommene wichtige Funktion als Kompetenzzentrum für die Bereiche

- Bildung, Wissenschaft und Forschung
- internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung
- Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste

- Kultur

muss im nationalen und internationalen Interesse weiter ausgebaut werden. Dafür ist es unabdingbar, dass die politisch, fachlich und thematisch korrespondierenden Bundesministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn behalten. Das sind alle Ministerien, die auch jetzt schon ihren ersten Dienstsitz in Bonn haben.

3. Bundespräsident und Bundeskanzler behalten ihren Dienstsitz in Bonn.

4. Bonn wird als deutsche UNO-Stadt weiter ausgebaut. Dazu gehört die weitere Ansiedlung von Institutionen der Vereinten Nationen, die Verbesserung der Bedingungen für internationale Organisationen – insbesondere auch durch ein Gaststaatgesetz – und die verstärkte Anwerbung internationaler Tagungen und Kongresse in der UNO-Stadt Bonn.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 30.08.2016 der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

(Landrat)